

## Gewerkschaften und künftige Labourregierung in England

Widerspruchsvolle Beschlüsse — Einheitliches Wollen

### I

Die Eigenheit der Struktur der britischen Arbeiterbewegung — unübersichtlich, vielfach unlogisch, aber im Endeffekt doch schlagkräftig — hat sich selten so deutlich offenbart wie am Gewerkschaftskongreß des Jahres 1963, der mit einem Dilemma endete, das die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre einen Monat später am Parteitag der Labour Party aus der Welt zu schaffen in der Lage waren. Der TUC-Kongreß, alljährlich in der ersten Septemberwoche tagend, hatte diesmal als Hauptaufgabe die Durchberatung des eigenen wirtschaftspolitischen Programms, das sich die Gewerkschaften als Leitstern für ihre Mitarbeit in dem *National Economic Development Council* (Rat für wirtschaftliche Entwicklung) 1962 zu geben beschlossen hatten (darüber hat *Bernhard Reichenbach* in seinem Aufsatz „Nationale Wirtschaftsplanung in England“ in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* 10/1962 berichtet).

Im Zusammenhang damit stand ein anderer Beschluß des Kongresses von 1962, die Bundesleitung (Generalrat) mit der Überprüfung der ganzen Organisation der Gewerkschaften zu beauftragen, die, bekanntlich aus „wilder Wurzel“ entstanden und nicht organisch aufgebaut, dringend einer Vereinfachung und Modernisierung bedürfen. Hier hatte man sich aber eine Frist bis 1964 gesetzt, so daß der Kongreß von 1963 nur einen Zwischenbericht behandeln konnte, den der Generalsekretär *George Woodcock* vorgelegt hatte. Dieser Bericht war wahrscheinlich mit einer gewissen Absicht auf einen recht pessimistischen Ton gestimmt, um die angeschlossenen Verbände so unter stärkerem Druck zu freiwilligem Zusammenschluß zu setzen. Es werde wohl in Großbritannien immer verschiedene Organisationsformen geben — Industrieverbände, Facharbeiterorganisationen, alle Berufszweige umfassende Organisationen ungelerner Arbeiter und allerlei Zwischenglieder —, meinte Woodcock, aber durch freiwillige Zusammenschlüsse könnte noch manche Flurbereinigung erreicht werden. Es sei grotesk, sagte ein Debattenredner unter dem Eindruck von Woodcocks Ausführungen, daß die Gewerkschaftsbewegung, die die ganze Welt umgestalten will, jeder Reform im eigenen Haus zu widerstreben scheine. Erst 1964 wird man sehen, inwieweit diese Mahnung Gehör findet.

Die große Auseinandersetzung auf dem Kongreß stand aber im Zusammenhang mit Woodcocks Vorschlägen für ein *Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften*, die der Generalrat auftragsmäßig ausgearbeitet hatte. Vor zwei Jahren hatte die konservative Regierung *Macmillan* plötzlich ein Bekenntnis zur Planwirtschaft abgelegt, wohl mehr, um in einem Augenblick wirtschaftlicher Depression ein zugkräftiges Schlagwort zu haben als aus ehrlicher Überzeugung. Mitgespielt hat vielleicht auch die Erwartung, der zu gründende „Rat für wirtschaftliche Entwicklung“ würde der Regierung jene Gutachten erstatten, die sie haben möchte, um den Arbeitern mit „sachlichen“ Erwägungen die „Begehrlichkeit“ nach Lohnerhöhungen auszureden. Nicht ohne Zögern nahmen die Gewerkschaften die Einladung zur Mitarbeit an und entsandten ihre Vertreter in den Planungsbeirat, der sich dann ganz anders entwickelte, als es sich die Regierung geträumt hatte. Er leistete, obwohl er noch kein abgerundetes Werk schaffen konnte, ein Stück rein sachlicher Arbeit.

Nun kann aber ein entschiedenes Kräfteressen zwischen der konservativen Regierung und der sozialistischen Opposition nicht mehr allzulange auf sich warten lassen. Die Neuwahlen ins Unterhaus sind spätestens im Herbst 1964 fällig, aber es ist noch nie vorgekommen, daß man sie auf den letzten möglichen Moment verschob. Das Frühjahr 1964 ist das wahrscheinlichste Datum, und alles deutet darauf hin,

daß eine Labourregierung als Ergebnis dieses Wahlganges eine starke Wahrscheinlichkeit ist, manche sagen sogar: eine Gewißheit. Die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Gewerkschaften sind unter jeder Regierung die gleichen, aber eine Regierung ihres Vertrauens wird die Gewerkschaftsbewegung natürlich eher bereit finden, ihren Mitgliedern gewisse Opfer naheulegen, als eine andere.

An diesem Dilemma, daß man für zwei ganz verschiedene Situationen in einem Dokument Vorsorgen muß, litt der Kongreß von Brighton. Gegen die Grundsätze des von Woodcock vorgelegten Wirtschaftsplans, der die traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen nach Vollbeschäftigung und sozialer Gerechtigkeit im Lichte der gegenwärtigen Situation neu formuliert, gab es kaum eine Einwendung (ein mißverständliche Auslegungen gestattender Satz — man hätte ihn so interpretieren können, als wäre der Gewerkschaftsbund gegen Lohnbewegungen überhaupt — wurde umstiliert). Die eigentliche Auseinandersetzung in Brighton ging gar nicht um diesen Wirtschaftsplan, der allgemeine Anerkennung fand und, obwohl er kaum viel Neues sagt, das Bekenntnis der Gewerkschaftsbewegung zur aktiven Mitarbeit an der Wirtschaftspolitik *jeder* im Amt befindlichen Regierung besiegelt. Es war also gar nicht ein Kampf zwischen „Traditionalisten“, die angeblich so reden und handeln, als hätte sich in der Welt in den letzten 50 Jahren nichts geändert, und „modernen Gewerkschaften“, die den „ideologischen Ballast über Bord geworfen haben“, wie die beliebte Klischeevorstellung lautet. Die Grundprinzipien der gewerkschaftlichen Haltung waren unbestritten. Nichtsdestoweniger gab es doch einen heftigen Kampf darum, ob die Mitarbeit im Planungsbeirat mit einem Antrag vereinbar ist, der in unzweideutiger Weise jede Beschränkung der Verhandlungsfreiheit in Lohnfragen ablehnt. Woodcock, der die Interessen der Gesamtbewegung zu vertreten hat, aber nicht selbst Lohnverhandlungen führt, ist begrifflicherweise hier anders eingestellt als Gewerkschaftsfunktionäre, die tagtäglich Verhandlungen mit dem Sozialpartner zu führen haben.

Im Gegensatz zum Statut der Labour Party, das eine kollektive Verantwortung der Parteivorstandsmitglieder statuiert, die also am Parteitag nicht gegen einen Antrag der Führung auftreten können, können auch Mitglieder des TUC-Generalrats als Vertreter ihrer Verbände gegen die Vorschläge der offiziellen Repräsentanten der TUC-Politiker sprechen und stimmen. Woodcock forderte den Kongreß auf, einen vom Verband der Kesselschmiede und Schiffsbauer — mit etwa 120 000 Mitgliedern einer der kleineren Verbände — eingebrachten Antrag „Ablehnung jedes Lohnstops“ zu verwerfen. Es sei unmöglich, sich für eine geplante Wirtschaft zu entscheiden, aber gleichzeitig den Lohnsektor davon kompromißlos auszunehmen — was natürlich nicht bedeuten sollte, daß sich die Gewerkschaften der Verhandlungsfreiheit in Lohnfragen begeben. Die Annahme zweier seiner Meinung nach einander widersprechender Entschließungsanträge würde dem Prestige der Gewerkschaftsbewegung abträglich sein. Er wurde von einigen Rednern unterstützt, aber zwei führende Gewerkschaftsfunktionäre brachten starke Argumente für den entgegengesetzten Standpunkt vor. Es waren der Antragsteller *Ted Hill*, Generalsekretär der Kesselschmiede, und *Frank Cousins*, der Generalsekretär des stärksten Verbandes, der Transport- und allgemeinen Arbeiter. Hill gab dem traditionellen Mißtrauen gegen die Konservativen Ausdruck, die bisher keinen Beweis dafür erbracht hätten, daß sie Planung der Wirtschaft als Motor der sozialen Gerechtigkeit ansehen; er entschärfte seinen Antrag aber durch die Erklärung, seine Weigerung, die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit in Lohnfragen irgendwie einzuengen, gelte nur für den Augenblick, nicht aber einer künftigen Labourregierung gegenüber, um deren Ziele wegen auch die Arbeiter vorübergehende Opfer auf sich nehmen würden. Cousins, selbst Mitglied des von der Regierung eingesetzten Planungsbeirats, konzentrierte sich darauf, daß man nicht Zurückhaltung bei Lohnforderungen akzeptieren könne, solange nicht gleiches bei Dividenden der Fall ist. Das ist aber im Rahmen der gewerkschaftlichen Planungspolitik eine selbstverständliche Forderung.

## GEWERKSCHAFTEN UND KÜNFTIGE LABOURREGIERUNG

Die Abstimmung ergab dann das zwiespältige Resultat, daß die Deklaration, die Woodcock vorbereitet hatte, mit der riesigen Mehrheit von fast 7 Millionen Stimmen (ohne Gegenstimmen) Annahme fand. Aber da einige Gewerkschaften, die sich weigerten, darin eine Inkonsequenz zu sehen, sowohl für die offizielle Erklärung als auch für den Antrag Hill „Keine Beschränkung bei Lohnforderungen“ stimmten, wurde dieser auch, wenn auch mit kleiner Mehrheit (380 000), angenommen. Das ist sicher ein Schönheitsfehler, und es wäre zweifellos besser, wenn der Gewerkschaftsbund völlig unmißverständlich gesprochen hätte. Die Kritiker, die aber darin so etwas wie eine Unfähigkeit der Gewerkschaften sehen wollen, sich in die moderne Welt der sechziger Jahre einzufügen, übersehen, daß das, wenn nicht schon früher, durch die vorjährige Entscheidung geschehen ist, die Mitarbeit gewerkschaftlicher Vertreter im gesamtstaatlichen Planungsbeirat zu sanktionieren; dagegen hat 1963 niemand aufbegehrt. Sie übersehen weiter, daß einander manchmal widersprechende Entscheidungen -die Folge des Abstimmens nicht nach Köpfen, sondern nach Mitgliederzahlen sind. Darum ist neben der Tatsache, daß ein bestimmter Antrag die Mehrheit erzielt hat, auch das Ausmaß dieser Mehrheit von Bedeutung.

## II

*Dort*, wo Brighton eine gewisse Unklarheit hinterlassen hatte, wurde sie vier Wochen später wieder ausgemerzt. Die Aussicht auf baldige Wahlen und die fast zur Gewißheit gesteigerte Hoffnung, sie würden mit dem Sieg *Labours* und einer Regierung unter *Harold Wilsons* Führung enden, machten eine Klarstellung der gewerkschaftlichen Position einer Labourregierung gegenüber nötig. Die Jahrestagung der Labour Party in Scarborough in der ersten Oktoberwoche war die erste seit der Übernahme der Parteiführung durch Wilson nach *Gaitskells* Tod. Nach allgemeinem Urteil brachte sie eine Stärkung der Stellung Wilsons in der ganzen öffentlichen Meinung; er wird nun wie selbstverständlich als der künftige Regierungschef behandelt, wozu seine souveräne Behandlung eines nicht ausschließlich politischen Themas, der Frage der Förderung der Wissenschaften durch Labour, wesentlich beigetragen haben dürfte.

Ideologisch stand der Parteitag auf dem Boden der noch von Gaitskell ausgearbeiteten und 1961 angenommenen Programmschrift „Wegweiser für die sechziger Jahre“, aber in dem wichtigen Gebiet der Wirtschaftsplanung durch eine Labourregierung gab es eine bemerkenswerte Fortentwicklung der älteren Formulierungen. Mit 6 Millionen gegen 40 000 Stimmen wurde eine vom Generalsekretär des Verbandes der Gemeinland allgemeinen Arbeiter (des drittgrößten Mitgliedsverbandes) *Jack Cooper* vorgelegte Resolution angenommen, die die Sicherung von Vollbeschäftigung und Verbesserung des Lebensstandards durch Expansion der Wirtschaft als Ziele der Wirtschaftspolitik erklärt. Sie deutet interessanterweise eine leise Abwendung der britischen Gewerkschaften von ihrer bisherigen negativen Haltung zu *Mitbestimmung* nach deutschem Muster an: Sie verlangt nämlich ein „besseres System der Verwaltung von Industriebetrieben durch mehr direkte Einbeziehung der Arbeiter- und Angestellten-schaft der Konzerne in die Geschäftsführung“. In der Debatte wurde zur Begründung dieser immerhin neuen Forderung nur gesagt, man werde die Möglichkeiten, Arbeitervertretern einen Platz im Verwaltungs(Aufsichts)rat zu geben, näher prüfen müssen, wenn die Arbeiter auf dem bisherigen Wege der „Joint consultation“ nicht die für sie notwendigen Informationen über die Lage des Betriebs erhalten sollten.

Die Resolution verlangt eine „Einkommenspolitik, die Löhne, Gehälter, Dividenden und Profite (einschließlich Spekulationsgewinne) sowie Sozialversicherungsleistungen umfaßt“. Auch die vermeintlichen Rebellen von Brighton — *Cousins* und *Hill* — bejahen diese Resolution ausdrücklich und verpflichteten die Gewerkschaften in aller

Form zur Unterstützung einer Arbeiterregierung, von der man es als gegeben annahm, daß sie zur Ermöglichung ihrer langfristigen Ziele auch gewisse kurzfristige Opfer verlangen kann, die natürlich nicht einseitig von den Arbeitern getragen würden. Cousins prägte die Formel, daß man nicht einen Lohnstop annehme, sondern auf ein „geplantes Ansteigen der Löhne“ hinarbeiten wolle, und *James Callaghan*, der Schatzkanzler (Finanzminister) in Labours Schattenkabinett, nahm das als ein Bekenntnis an, daß das Ziel nicht eine Verbesserung der Nominal-, sondern der Reallöhne sei.

Das Wichtige an dem Beschluß von Scarborough ist allerdings nicht das Finden einer Formel, die früher aufzustellen auch nicht allzu schwer gewesen wäre und die natürlich recht dehnbar ist. Der Erfolg, vor allem Harold Wilsons, besteht darin, daß er gewerkschaftliche Unterstützung für eine von ihm gebildete Regierung sichergestellt hat. Diese Unterstützung besteht nicht in der Verheißung blinder, kritikloser Gefolgschaft; aber sie ist ein starker Vertrauensvorschuß und bringt ein Element der Stabilität in Labours Vorwahlsituation, die die Aussichten entscheidend zu verbessern vermag.